

Die letzte Hochburg der überzeugten Europäer

Die Befürworter eines EU-Rahmenabkommens halten seit Monaten die Füsse still – ausser in Basel



Mit dem Boot sind es vom Birschöpfli nur 15 Minuten nach Frankreich oder Deutschland.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

ANDREA FOPP, BASEL

Basler klagen gerne, dass sich in Bern und Zürich niemand für sie interessiere. Doch zurzeit bekommen sie ziemlich viel Aufmerksamkeit. Nicht nur wegen des Eurovision Song Contest, der nächstes Jahr vielleicht die St.-Jakobs-Halle füllt. Sondern auch wegen der Beziehungen zur EU.

Letzte Woche nahm sich Nationalratspräsident Eric Nussbaumer den Bundesrat zur Brust. Er forderte bei CH Media und in der «Basler Zeitung» mehr proeuropäisches Engagement vom Bundesrat: Die Regierung müsse sich «ernsthaft überlegen», wie sie der Bevölkerung Europa und die Chancen des bilateralen Wegs besser erkläre, forderte der Sozialdemokrat.

Eric Nussbaumer aus Baselland musste nicht lange warten. Nur drei Tage später lieferte Genosse Jans aus Basel-Stadt. In einem ganzseitigen Gastbeitrag in der NZZ erklärte er: «Die Schweiz wird souveräner und handlungsfähiger, wenn sie ihre Beziehungen mit den Nachbarn regelt.» Daher brauche es «die Bilateralen III». Ein bemerkenswert offensiver Schritt für einen einzelnen Bundesrat – das Schreiben war offenbar mit Ignazio Cassis abgesprochen. Der Aussenminister sowie Wirtschaftsminister Guy Parmelin gehören zu-

sammen mit Jans zum bundesrätlichen Europaausschuss.

Das Dankeschön für die «klaren Worte» aus der Region Basel kam postwendend. Und zwar von Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die den Gastbeitrag auf der Plattform X teilte und schrieb: «Rechtssicherheit stärkt unsere Souveränität.» Schneider-Schneiter lebt in Biel-Benken, Baselland, und präsidiert die Handelskammer beider Basel.

Restschweiz schweigt

So viel EU-Lobbying ist man in der Schweiz gar nicht gewohnt. Der Bundesrat befindet sich seit dem Frühling in Verhandlungen mit der EU, bis Ende Jahr soll das Abkommen auf dem Tisch liegen. Dann wird sich entscheiden, ob die Verhandlungspartner die Blockade zu lösen vermögen.

In der Schweiz ist es seit Verhandlungsbeginn ziemlich ruhig geworden. Die SVP wird zwar nicht müde, gegen den EU-«Unterwerfungsvertrag» zu poltern. Und die GLP zieht ihre halbe Identität aus der Parole «Mehr Europa wagen». Doch beim Rest der Parteien und bei den Verbänden scheint die EU nicht gerade ein beliebtes Thema zu sein. Die Gewerkschaften blockieren wegen des Lohnschutzes. Mitte und

FDP fürchten sich vor einer Spaltung der Basis aufgrund der Zuwanderungsfrage und warten ab, was der Bundesrat fürs Land herauszuholen vermag.

Entsprechend wenig Euphorie ist gegenwärtig bei den Befürwortern zu spüren. Als einer der wenigen Nicht-Basler wagt sich der Berner Unternehmer und FDP-Nationalrat Simon Michel immer wieder aus der Deckung. Und Arbeitgeber-Präsident Roland A. Müller, Swissmem-Präsident Martin Hirzel und andere Persönlichkeiten aus der Wirtschaft sprechen sich im Rahmen der «Stark und vernetzt»-Kampagne von Economiesuisse für die «Bilateralen III» aus. Aber bis jetzt erzeugen sie damit wenig Resonanz.

Ausser eben in Basel. Doch sogar dort gibt es nicht nur EU-Fans. So war es mit Daniel Graf ein Wahlbasler, der die Debatte der letzten Tage überhaupt erst ausgelöst hatte. Der Politaktivist kritisierte, eine dynamische Übernahme von europäischem Recht erschwere die politische Lobbyarbeit. Zudem drohe bei Schweizer Referenden gegen europäische Gesetze «das Damoklesschwert der Sanktionen». Graf hat damit als Erster eine kritische Diskussion über das EU-Abkommen angestoßen, die über SVP-Kreise hinausgeht. In Basel sorgte er damit ziemlich für Aufregung. Einer aus Basel kritisiert das EU-Abkom-

men. Und dann noch ein einflussreicher Linksliberaler! Das ist fast schon unerhört in einer Region, die sich als proeuropäisch versteht.

Das kleine Trauma

Basel ist Deutschland und Frankreich näher als Zürich oder Bern, und das allein schon geografisch. Es gehört zum Alltag, dass man abends schnell mit dem Velo in die Pizzeria nach Huningue radelt, danach die Dreiländerbrücke überquert und durch Weil am Rhein zurück nach Basel zum Absacker fährt.

In der Migros oder im Coop wird man häufig von Elsässerinnen bedient, ebenso beim Coiffeur oder im Café. Täglich kommen rund 35 000 Grenzgänger nach Basel-Stadt und knapp 25 000 nach Baselland. Wie wichtig die Beziehung zu den Nachbarländern ist, zeigte sich während der Corona-Pandemie. Im Frühling 2021 standen die Grenzgänger aufgrund der geschlossenen Grenzen im Stau. Und binationale Paare trafen sich an der grünen Grenze zwischen Riehen und Lössach und hielten unter rot-weißen Absperrbändern Händchen.

Ausserdem ist Basel auch mit seiner Pharmaindustrie vom Ausland abhängig, wie Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter nicht müde wird zu betonen: «Wir brauchen Europa.» Basel-Stadt als Schweizer Exportmeister führte im Jahr 2023 pro Einwohner Waren im Wert von 423 251 Franken aus, die Mehrheit davon ging in die EU. In Zürich waren es 16 864 pro Kopf.

Das prägt. Anders als im Rest der Schweizer Politik ist das Thema Europa in Basel allgegenwärtig. Während des Wahlherbstes kamen die Beziehungen zur EU an gefühlt jedem Podium auf, und auch in diesen Sommerferien organisiert die von Schneider-Schneiter präsidierte Handelskammer eine Diskussion zum Thema. Wollte man küchenpsychologisch analysieren, könnte man fast sagen: Der Abbruch der Verhandlungen im Jahr 2021 hat Basel ein wenig traumatisiert. Und er hat die Region im Glauben bestätigt, dass sich die Restschweiz nicht für sie interessiert.

Vereiteltes Herzensprojekt

Das Engagement von Bundesrat Beat Jans ist auch in diesem Licht zu sehen. Anfang 2021 übernahm der frisch gewählte Regierungsrat das Regierungspräsidium von Basel-Stadt. Er trat mit dem Versprechen an, Basel zu einer «Klima-Lokomotive» zu machen. Unter anderem sollte sich Basel für den «Green Capital Award» bewerben und den Titel «Umwelthauptstadt Europas» gewinnen.

Doch daraus wurde nichts. Im Mai kommunizierte Bundesrat Guy Parmelin den Abbruch der Verhandlungen mit Brüssel. Die EU stoppte in der Folge

Jans' Herzensprojekt: Sie schloss Basel vom Wettbewerb um den «Green Capital Award» aus. Regierungspräsident Jans sah es fortan noch stärker als seine Aufgabe an, der Region eine Stimme zu verleihen. Der Abbruch sei ein Affront gegenüber den Nachbarländern, sagte er damals. Es sei besorgniserregend, wie leichtfertig der Bundesrat die Interessen der Grenzregionen übergehe und die gute Nachbarschaft mit den EU-Ländern aufs Spiel setze. Der Basler wünschte sich mehr Führung vom Bundesrat in der EU-Frage und gelobte, dem Rest der Schweiz vermehrt klarzumachen, was geregelte Beziehungen für die Basler Wirtschaft bedeuten.

Daran arbeitet Jans offenbar bis heute. Mithilfe seiner Weggefährten aus Basel verschafft er den Europafreunden Gehör. Ob er damit Erfolg hat, wird sich zeigen. Sein Parteikollege Eric Nussbaumer glaubt an ein Gelingen im Europa-Dossier. Es sei ja klar, dass sich gegenwärtig noch nicht viele Politiker und Verbände aktiv aus dem Fenster lehnen, sagt der Nationalratspräsident: «Man kann schlecht ein noch nicht fertig verhandeltes Abkommenspaket unterstützen, dessen genauen Inhalt man noch nicht kennt.» Doch wenn Ende des Jahres das verhandelte Vertragspaket auf dem Tisch liege, komme «die engagierte Diskussion für ein stabiles Verhältnis mit der EU» in Gang.

Klares Bekenntnis fehlt

Doch nicht alle Politbeobachter glauben, dass die Schweiz und die EU sich so bald einig werden. Politikwissenschaftler Fabio Wasserfallen beispielsweise ist skeptisch: «Ich spüre aus der Schweizer Politik keine Dringlichkeit», sagt der geschäftsführende Direktor und Professor für Europäische Politik an der Universität Bern. Für ihn sei daher noch unklar, ob die Mehrheit der Politik und der Wirtschaft das Abkommen überhaupt wolle.

Für ein Gelingen brauche es beispielsweise ein klares Bekenntnis von allen Bundesräten. Albert Rösti müsse aufzeigen, warum die Schweiz für die Stromsicherheit auf die EU angewiesen sei. Guy Parmelin solle erklären, warum der Wohlstand von geregelten Beziehungen abhängt. Politikwissenschaftler Wasserfallen spricht von einem progressiven Moment: «Die Schweiz spricht nur darüber, was wir verlieren, wenn die Bilateralen nicht weitergeführt würden», sagt er. «Aber nicht, was wir gewinnen, wenn wir die Beziehung zur EU weiterentwickeln.»

Damit fasst Wasserfallen die Stimmungslage der Schweizer Politik gut zusammen. Doch Basel tickt anders. Am Dreiländereck sprechen fast alle über die Vorteile der Bilateralen, dafür niemand über die Nachteile. Ausser die SVP. Und Daniel Graf.